

Mit den Worten „Die Menschlichkeit der Welt entscheidet sich am Schicksal Afrikas“ lenkte Bundespräsident Köhler in seiner Vereidigungsrede am 1. Juli die Aufmerksamkeit auf Europas Nachbarcontinent, dessen Entwicklung ihm und seiner Frau sehr am Herzen liegt. Im gleichen Zeitraum häufen sich Bilder vom Flüchtlingsdrama in Darfur/Sudan, wo arabische Reitermilizen grausam ethnische Säuberungen durchführen, und hört man wieder von wachsender Kriegsgefahr im Ostkongo nach einem Massaker in einem Flüchtlingslager in Burundi. Kongo war bereits Schauplatz eines regionalen Krieges, dem seit 1998 über 3,3 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Zwar beteuerte man nach dem Genozid in Ruanda 1994, solche Verbrechen nicht mehr zuzulassen, dennoch wurde erneut eher weggeschaut. Darfur und Ostkongo berühren aktuell die Menschlichkeit und ebenso eigene Interessen. Denn spätestens seit dem 11. September 2001 ist klar, dass man nicht länger zuschauen kann, bis sich scheinbar weit entfernte Probleme auch hier auswirken. In der Europäischen Sicherheitsstrategie (EUSS), die die Europäische Union im Dezember 2003 erstmals verabschiedet hat, spielen Afrikas Probleme deshalb eine wesentliche Rolle. Obwohl man sich ein Desinteresse an Afrika nicht mehr leisten kann, tut sich die rotgrüne Bundesregierung schwer, die deutschen Interessen in Afrika angesichts afrikanischer Herausforderungen eindeutig zu definieren, daraus und unter Berücksichtigung der EUSS die notwendigen

Konsequenzen für ihre Afrika-Politik zu ziehen und entsprechend zu handeln beziehungsweise zu begründen, warum nicht gehandelt wird.

Nach wie vor beherrschen auf den ersten Blick negative Schlagzeilen das Afrika-Bild. Beispielhaft genannt seien die Stichworte Flüchtlinge, gewaltsame Konflikte um Ressourcen, terroristische Anschläge in Ostafrika, anhaltend hohes Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger verheerender HIV/Aids-Pandemie, die Rückkehr von Polio, zerfallende staatliche Ordnungen und wirtschaftlicher Niedergang. Das Bruttosozialprodukt aller Länder südlich der Sahara entspricht etwa dem Argentinien, von 51 am wenigsten entwickelten Ländern der Welt liegen 42 in Afrika. Nach einem Bericht des World Economic Forum leben die Menschen südlich der Sahara heute in größerer Armut als in den Jahren, in denen ihre Staaten die politische Unabhängigkeit erlangten. Ursachen sind unter anderem niedriges Ausbildungsniveau, schwierige klimatische, natürliche und geografische Bedingungen, abgeschlossene Ökonomien beziehungsweise staatliches Missmanagement der Wirtschaft, schlechte Regierungsführung und militärische Konflikte.

Gleichwohl gibt es ein sich veränderndes afrikanisches Selbstverständnis Anlass zur Hoffnung. Zunehmend beginnen sich die Gesellschaften Afrikas mental von der Kolonialvergangenheit zu lösen, sie schieben nicht mehr reflexartig die Schuld für ihre Probleme dem Westen zu, sondern er-

kennen ihre Eigenverantwortung an. Zugleich stärken selbstbewusster werdende Zivilgesellschaften die demokratischen Strukturen.

Strukturelle Veränderung

Dieser Mentalitätswechsel führte im Juni 2002 zur Umwandlung der ineffizienten, vom Geist der Unabhängigkeitsbewegungen geprägten OAE (Organisation Afrikanischer Einheit) in die Afrikanische Union (AU). Mit an die Europäische Union und an die Vereinten Nationen angelehnten Strukturen, beispielsweise mit einem Sicherheitsrat, verfügt die Afrikanische Union über ein handlungsfähiges Instrumentarium, das bereits zu greifen beginnt. Seit 2003 bestreitet die Afrikanische Union ihren ersten militärischen Friedenseinsatz in Burundi, im Sommer entsandte sie Beobachter nebst Schutztruppe nach Darfur und erklärte sich bereit, die Beobachtermission in eine friedenserhaltende Mission mit 2000 Soldaten umzuwandeln. Der derzeitige Präsident der Afrikanischen Union, Nigerias Präsident Obasanjo, führte die Präsidenten Kongos und Ruandas zusammen, um die Lage im Ostkongo zu entschärfen. Zurzeit ist Nigeria auch Gast der Friedensgespräche zwischen sudanesischer Regierung und Darfur-Rebellen. In letzterem Zusammenhang nimmt die AU eine wesentlich aktivere Rolle als die ebenfalls angesprochene arabische Liga ein.

Fast parallel zur Entwicklung der Afrikanischen Union stieß der südafrikanische Präsident Mbeki die NEPAD-Initiative (Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung) an, ein kontinentales Programm, in dem sich afrikanische Staaten zu mehr Demokratie, Achtung der Menschenrechte, guter Regierungs- und Wirtschaftsführung verpflichten und dabei zuerst auf afrikanische Selbsthilfekräfte setzen. NEPAD ist der notwendige Ausbruch aus der ritualisierten Sprachlosigkeit zwischen Afrika und Europa gewesen. Im gewich-

tigsten Teil von NEPAD sollen sich die afrikanischen Regierungen im Rahmen eines „Peer Review Mechanism“ in puncto Demokratie, Menschenrechte und guter Regierungsführung gegenseitig messen lassen. Gemeinsam ist beiden afrikanischen Entwicklungen, dass sie das alte Prinzip von der unantastbaren nationalen Souveränität und der Nichteinmischung aufweichen. Das sind hoffnungsvolle Ansätze dafür, dass Afrika sich entschlossen zeigt, seine Verantwortung wahrzunehmen.

Sicherheitspolitische Gefahr

Politische Instabilität, Armut und Ordnungslosigkeit in Afrika stellen eine sicherheitspolitische Gefahr für Europa dar. Internationale Waffen-, Drogen- und kriminelle Kartelle sowie transnationale Terroristen machen sich diese Umstände für ihre Operationen, Rekrutierungen und Finanzierung – Beispiele Blutdiamanten oder Coltan – zu Nutze und verschärfen in ihrem Interesse diese Konflikte. Der islamistische Terrorismus hat sich in Afrika mit seinen Anschlägen am Horn und an der Ostküste schon lange vor dem 11. September 2001 gezeigt. Er hat dort seine Wurzeln in den benachteiligten arabisch-stämmigen Minderheiten. Einen Nährboden findet er aber auch in Südafrika, Nigeria und anderen westafrikanischen Staaten, die starke muslimische Bevölkerungsgruppen aufweisen. In Nigeria und Äthiopien mischen sich wahabitische Missionierung, wachsende antiwestliche Ressentiments und Perspektivlosigkeit zu einem gefährlichen Gebräu. Die palästinensische Terrororganisation Hamas ist in Westafrika präsent, um Spenden unter den dort lebenden Libanesen einzutreiben.

Die Schwäche einzelner Länder strahlt in die jeweilige Region aus. Das Afghanistan Afrikas heißt schon lange Somalia. So hat der Zerfall Somalias die Ausbreitung des islamistischen Terrors nach Ostafrika erleichtert. Der anhaltende Waffen-

schmuggel aus Somalia trägt zur Destabilisierung der umliegenden Länder bei. Aufgrund einer Einigung unter den somalischen Clans gibt es seit kurzem eine neue Chance, dass Somalia zur Staatlichkeit zurückfindet. In Westafrika sind die Konflikte in Liberia, Sierra Leone, Côte d'Ivoire und Guinea eng miteinander verknüpft. Zugleich ist zu beobachten, dass in afrikanischen Staaten die Prägestärke staatlicher Gewalt abnimmt und durch traditionelle Grenzen überschreitende Strukturen ersetzt wird. Die länderübergreifenden langjährigen Spannungen zwischen Hutu und Tutsi führten zuerst zum Genozid in Ruanda und dann zum großen afrikanischen Krieg im Kongo. Kriege und Konflikte bringen humanitäre Katastrophen und länder- bis kontinentübergreifende Migrationsströme mit sich. Diese gilt es einzudämmen.

Perspektiven schaffen

Demokratische, die Menschenrechte achtende Regierungsführung und eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten, wozu der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen und eines soliden Mittelstandes gehört, müssen gefördert werden. Nur mit diesen Elementen können die Ziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, der sich die afrikanischen Staaten verpflichtet haben, umgesetzt und langfristig Armut überwunden werden. Als abschreckendes Beispiel kann inzwischen Simbabwe dienen. Von einem einstmalig reichen Agrarexporteur ist es zu einem Hungerland verkommen, in dem Recht und Gesetz mit Füßen getreten werden. Im Zusammenhang mit Menschenrechten und Demokratie geht es nicht darum, formal europäische Muster maßstabsgetreu zu übertragen, sondern zuerst darauf hinzuwirken, dass die grundlegenden Rechte nachhaltig gewahrt und die Voraussetzungen für lebendige demokratische Prozesse geschaffen werden.

Mit am wichtigsten sind die Unterbindung von Willkür und die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit. Wirtschaftliche Dynamik ist schon deshalb notwendig, um der sehr jungen Bevölkerung Afrikas – laut Deutscher Stiftung für Weltbevölkerung ist fast die Hälfte jünger als fünfzehn Jahre – eine wirtschaftliche und soziale Aufstiegsperspektive zu geben, bevor sie diese in Migration oder Gewalt sucht.

Von großer Wichtigkeit sind auch sichere und wachsende Wirtschaftsbeziehungen, die zu einer vernünftigen und fairen Nutzung der afrikanischen Rohstoffressourcen beitragen können. Die Wertschöpfung aus den Bodenschätzen muss dem Wohl der Bevölkerung des Ursprungslandes zugute kommen. Weil Europa nach OECD-Angaben zunehmend Energie aus anderen Regionen importieren muss, muss dem afrikanischen Ölreichtum als Potenzial zur Diversifizierung der Bezugsquellen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Augenblick ist die deutsche Versorgung auf die energiestrategische Ellipse um das Kaspische Meer konzentriert. Die USA haben die Bedeutung des afrikanischen Öls bereits erkannt und werden 2015 ein Viertel ihrer Öleinfuhren aus Westafrika bestreiten.

Es ist notwendig, den Seuchen in Afrika Einhalt zu gebieten. Seuchen destabilisieren Gesellschaften. Es zeichnet sich ab, welche verheerende Auswirkung Aids für den afrikanischen Kontinent hat. Dem Jahresbericht der Vereinten Nationen zufolge entfallen von weltweit 37 Millionen Aidskranken allein 25 Millionen Erkrankte auf die afrikanische Bevölkerung. Diese Seuche ist sowohl eine humanitäre als auch eine wirtschaftliche Katastrophe, sie nimmt besonders den Staaten des südlichen Afrikas die Erwerbstätigen, die Mütter und die Jugend, und damit gehen Dynamik, Wissen, Erfahrung, Tradition und Zukunft verloren.

Und nicht zuletzt ist der Schutz der Ökosysteme und Artenvielfalt Afrikas

von zentraler Bedeutung. Die noch verbliebenen Tropenwälder Afrikas sind nicht weniger bedeutsam für den Erhalt des Weltklimas als die Lateinamerikas.

Was tun?

Was kann angesichts knapper Finanzmittel getan werden, um diesen Interessen gerecht zu werden? An erster Stelle steht, dass man die afrikanischen Staaten in ihrem Bemühen, ihre Probleme selbst zu lösen, aktiv und konsequent begleitet. Der 2002 verabschiedete G8-Afrika-Aktionsplan, der auf NEPAD aufbaut, ist der richtige Ansatz. Zugleich müssen die afrikanischen Staaten an ihren eigenen Ansprüchen gemessen werden, und man muss sie anhalten, sich an ihre eigenen Verpflichtungen zu halten. So stellt Simbabwe NEPAD bereits auf die Probe. Auch darf NEPADs „Peer Review Mechanism“ auf keinen Fall verwässert werden. Jedoch läuft diese Kontrollinstanz Gefahr, zu einem reinen Schaulaufen zu verkümmern, weil beispielsweise Sanktionen gegen Länder, die die Kriterien nicht erfüllen, wie es offensichtlich bei Simbabwe der Fall ist, nicht vorgesehen sind.

Der Umfang deutscher Entwicklungszusammenarbeit ist seit 1998 nominal zurückgegangen, womit die Bundesregierung gegen ihre eigenen Ansprüche und Verpflichtungen verstößt. Dieser Prozess muss umgekehrt werden und den Interessen dieses Landes folgen, was deren klare Definition voraussetzt. Weiterhin muss die mangelnde Kohärenz unter den Elementen deutscher Außenpolitik, die besonders in der Afrikapolitik auffällt, ein Ende haben. So hat Deutschland einerseits im europäischen Verbund im Kongo 2003 militärisch zur Sicherung des Friedensprozesses interveniert, andererseits lässt die Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit im Kongo viel zu langsam anlaufen. Ebenso muss man bereit sein, Länder wie zum Beispiel Togo im Falle, dass sie sich ernsthaft um Reformen

bemühen, rechtzeitig und entschlossen zu unterstützen. Es stellt sich die Frage, warum die Erfolge der Entwicklungspolitik in ihrer bisherigen Form deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Des Weiteren müssen die Geberaktivitäten insgesamt endlich gestrafft, vorhersehbar und besser koordiniert werden. Es kann nicht angehen, dass sich in manchen afrikanischen Ländern mehr als fünfzig unterschiedliche staatliche und unzählige nicht staatliche Geber tummeln und die afrikanischen Partner mehr überfordern als helfen.

Die Zusammenarbeit muss sich stärker auf die Unterstützung von Wirtschaftsreformen konzentrieren. Afrikanische Staaten unternehmen in der Mehrzahl noch viel zu wenig, um ein geeignetes Investitionsklima zu schaffen. Nach wie vor prägen Rechtsunsicherheit, Staatsgläubigkeit und Überregulierung die meisten Wirtschaftssysteme. Traditionen belasten zudem die Entwicklung. Beispielsweise können in vielen Ländern Frauen, auf deren Schultern häufig die Landwirtschaft ruht, das bewirtschaftete Land nicht erben mit der Folge, dass sie nach einem Erbfall verelenden und das Land brachliegt. Einige afrikanische Staaten haben die Defizite erkannt. So modernisiert Tansania seine Zivilgerichtsbarkeit. Ziel muss es sein, den afrikanischen Staaten auf ihrem Weg in die globalisierte Welt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Integration in die Weltwirtschaft ist eine Voraussetzung für Entwicklung. Dabei sollten die afrikanischen Staaten ermuntert werden, sich stärker dem Aufbau regionaler Märkte zu widmen, als primär auf den notwendigen, jedoch nur mühsam zu erreichenden Abbau von Handelsbarrieren der industriellen Welt zu warten. Mosambiks wirtschaftlicher Aufschwung ist mitunter auf die beeindruckende Steigerung seines interregionalen Handels in der SADC zurückzuführen. Zugleich ist zu begrüßen, dass sich die

Mitgliedstaaten der WTO am 1. August dieses Jahres auf ein Rahmenabkommen einigen konnten, in dem unter anderem Eckpunkte der gerade für die Entwicklungsländer wichtigen Liberalisierung der Agrarmärkte festgelegt wurden. Dieses Rahmenabkommen ist das lang erwartete Signal und muss nun zügig umgesetzt werden. Ferner kann man afrikanischen Ländern helfen, sich fit für die WTO zu machen, indem man ihnen die Fähigkeit vermittelt, mit den Instrumenten der WTO umzugehen, und sie in die Lage versetzt, WTO-Übereinkünfte auch umzusetzen. Nicht zuletzt muss die diplomatische Präsenz vor Ort gerade auch zur besseren Vertretung deutscher Interessen gestärkt werden. Notwendig ist zudem eine Intensivierung der gesellschaftlichen, kulturellen und akademischen Kontakte zwischen Deutschland und seinen afrikanischen Partnern.

Es ist konsequent, dass die internationale Gemeinschaft die afrikanischen Fähigkeiten, auf dem eigenen Kontinent Frieden zu sichern, stärkt. Die EU unterstützt den Aufbau und Einsatz afrikanischer Friedenstruppen mit 250 Millionen Euro, Staaten wie Deutschland leisten Hilfe bei der Ausbildung von afrikanischen Einheiten, und die G8 hilft mit Blick auf Afrika bei der Ausbildung einer 75 000 Mann starken Friedenstruppe. Im Darfur-Konflikt versucht die EU nicht nur selbst Druck auf den Sudan auszuüben, sondern wirkt im Hintergrund am Krisenmanagement von Vereinten Nationen und Afrikanischer Union mit. Dennoch ist nicht

auszuschließen, dass im äußersten Fall, nach sorgfältiger Abwägung deutscher Interessen und auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, zusammen mit anderen EU-Staaten ein militärischer Einsatz notwendig werden könnte. So fand die erste militärische Mission der EU in Afrika statt. Im Sommer 2003 stabilisierte „Artemis“ kurzfristig die Region Ituri/Kongo und gab den Vereinten Nationen die benötigte Zeit, um sich robust für die Friedensmission aufzustellen.

Notwendig ist zudem eine Intensivierung der gesellschaftlichen, kulturellen und akademischen Kontakte zwischen Deutschland und seinen afrikanischen Partnern. Aufgrund der begrenzten Ressourcen ist eine Europäisierung der Afrikapolitik unerlässlich. Deutschland und Europa müssen auf sich verändernde Situationen schneller als bisher mit ihren außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Möglichkeiten reagieren. Das erfordert, sowohl die deutschen Interessen und Mittel genau zu bestimmen als auch die afrikanischen Interessen zu erkennen. Erst dann ist Deutschland in der Lage, die europäische Afrika-Politik mitzugestalten. Sonst bleibt es lediglich Spielball afrikapolitischer Ambitionen anderer europäischer Staaten.

Afrika bedeutet eine große Herausforderung. Der kann und darf man sich nicht entziehen, sondern es gilt, sie gemeinsam mit den afrikanischen Partnern und im internationalen Verbund zu bewältigen. Dies gebieten sowohl die Menschlichkeit als auch berechnete Interessen.

Stromausfälle in Sicht?

„Der rot-grüne Doppelbeschluss ist nie zu einem energiewirtschaftlichen Gesamtkonzept gediehen, das den Unternehmen Investitionssicherheit garantiert und den Energiebedarf eines hochentwickelten Landes auf absehbare Zeit zu decken vermag. Die Folgen werden sich mit zunehmenden Stromausfällen ankündigen. Man wird sehen, ob die Deutschen dann noch so (ökologisch) revolutionsfreudig bleiben wie heute.“

Stefan Dietrich in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. September 2004.